

Sonntag der 16. April, guten Morgen. Im Journalstudio ist Marta Georgiev und das sind einige der Themen. Dutzende Tote und Verletzte im Sudan, die Gewalt zwischen Armee und Paramilitärs eskaliert. Sieben Volksbegehren können ab morgen unterzeichnet werden und Italiens Ärger mit den Touristen. Immer mehr Ferienorte wollen Zugangsbeschränkungen. Zuerst aber der Blick aufs Wetter mit Nikola Biermeier. 10 cm Schnee liegen jetzt in Schopponau in Vorarlberg und hier schneit beziehungsweise regnet es weiterhin, wobei die Schneefallgrenze im Lauf des Tages etwas steigt. Aktuell in Wien und Eisenstadt bewölkt bei 5 Grad, St. Polten und Linz bewölkt 6, Salzburg, Innsbruck und Bregenz regen 5, Graz bewölkt 4 und Klagenfurt bewölkt 2 Grad. Dauerregen beziehungsweise Schneefall gibt es heute in Vorarlberg, im Tiroler Oberland und im Außerfern. Schneefallgrenze 800 bis 1300 Meter. Auch von Innsbruck bis St. Polten sind einige Schauer dabei, weiter im Osten nur einzelne und zwischendurch kann sich auch die Sonne zeigen, vor allem in Osttirol und Kärnten sowie im Wald und Weinviertel. Im Süden ist es windig und die Temperaturen reichen meist 7 bis 14 Grad, mit Dauerregen bleibt es kühler. In 2000 Meter Höhe um minus 3 Grad. Morgen Montag unbeständig mit einigen Regenschauer, dazwischen aber auch Sonne am meisten im Süden. Windig und eine Spur milder. Vielen Dank. Im Sudan, im drittgrößten Land Afrikas wächst die Angst vor einem erneuten Krieg. Nach der Absetzung von Langzeitherrscher Al-Bashir im Jahr 2019 war die Hoffnung auf Frieden und Demokratie groß. Nun liefern sich die Armee und paramilitärische Gruppen schwere Gefechte. Mindestens 56 Menschen sind gestern getötet und hunderte verletzt worden. Christian Leninger berichtet. Dieses Geräusch schreckt seit gestern Zivilistinnen und Zivilisten im Sudan immer wieder auf. Kampfjets im Tiefflug und meist sind dann kurz darauf, die Explosionen abgeworfener Bomben zu hören. Auch Artilleriegranaten werden eingesetzt. Maschinengewehre. Es ist ein Machtkampf der beiden starken Männer des Landes. Auf der einen Seite Armee-Chef Abdelvattach Al-Burhan, auf der anderen Mohamed Hamdan Tagalo, Chef der rund hunderttausendmal starken paramilitärischen Gruppe Rapid Support Forces, die aus der für ihre Graueleuten in der Provinz der Fuhr bekannt gewordenen Cangjavid Miliz hervorgegangen ist. Gekämpft wird um den Flughafen der Hauptstadt Khartoum, um den Präsidentenpalast, den staatlichen Rundfunk-Sender und auch um etliche Flugfelder in Provinzstädten. Die Kämpfer der Rapid Support Forces feiern die Einnahme eines Flugfeldes in der Stadt Merove. Die Armee wiederum gibt die Einnahme eines Stützpunktes der gegnerischen Miliz bekannt. Schon mehrere Todes- und Zivilistinnen und Zivilisten sind nach Angaben der sudanesischen Ärzteorganisation getötet worden. Dazu noch eine unbekannte Zahl von Soldaten und paramilitärischen Kämpfern. Hunderte Verletzte wurden ins Spitele eingeliefert. Der Unossicherheitsrat und Unogeneralssekretär anthronikotärisch haben beide Seiten zur sofortigen Einstellung der Kämpfe aufgerufen. Auch die EU, die USA und Russland fordern einen Ende der Gewalt. Doch ein solches ist vorerst nicht in Sicht, der eigentlich für diese Woche geplante Übergang von der Herrschaft des Militärs zu einer zivilen Regierung dürfte in weite Ferne

gerückt sein. Es ist das Ende einer Ära. Nach mehr als 60 Jahren ist die Atomkraft in Deutschland Geschichte. Kurz vor Mitternacht sind die letzten drei Atomkraftwerke endgültig vom Netz gegangen, doch die Debatte um AKW geht weiter. Markus Langer mit den Einzelheiten. Den Anfang machte RWE der Betreiber des Kraftwerks Emsland in Niedersachsen. Mit der Trennung des Generators vom Stromnetz wurde die Anlage um 22 Uhr 37 heruntergefahren. ISAR II in Bayern wurde laut Betreiber Preußen Elektra um 23 Uhr 52 vom Netz getrennt. Neckar Westheim II in Baden-Württemberg ging laut dem Versorger ENBW um 23 Uhr 59 als Letztes vom Netz nur eine Minute vor dem gesetzlich vorgeschriebenen Termin. Mit der Abschaltung fängt die eigentliche Arbeit am Atomausstieg erst an. Insgesamt müssen noch mehr als 30 Meiler in Deutschland zurückgebaut werden. Andere Pläne hat der Bayerische Ministerpräsident Söder. Der CSU-Politiker will Atomkraftwerke in Landesverantwortung weiter betreiben und fordert im Gespräch mit der Zeitung Bild am Sonntag die Bundesregierung in Berlin auf, das Atomgesetz entsprechend zu ändern. Wir kommen nach Österreich. Ab morgen kann wieder eine Reihe von Volksbegehren unterzeichnet werden. Sieben Initiativen werben um Unterstützung. Die Themen reichen von der Forderung nach einem Rücktritt von Bundeskanzler Nehammer bis hin zur Abschaffung der Zeitumstellung. Peter Daser mit einem Überblick. Das Volksbegehren echte Demokratie fördert ein wirklich absolutes Diktaturverbot in Österreich. Dazu Volksabstimmungen, die durch Volksbegehren einleitbar sind und ein Ende der prozentuellen Einzugshürden bei Wahlen. Ein anderes Volksbegehren will die verfassungsrechtliche Einführung der Sommerzeit als dauerhafte Normalzeit und damit ein Ende der Zeitumstellungen. Ein weiteres Volksbegehren tritt für die Abschaffung der GISS zur Finanzierung des ORF ein. Das Volksbegehren Bargeldzahlung obergrenze Nein sieht ein Beschränken von Bargeldtransfers auf 10.000 bis 15.000 Euro als unzulässigen Eingriff in demokratische Rechte per Verfassungsgesetz sollen uneingeschränkte Bargeldzahlungen erlaubt sein. Das Volksbegehren unabhängige Justizsichern fordert die Wiedereinsetzung von Untersuchungsrichtern dazu eine unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft und das Festschreiben der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft in der Verfassung. Das Lieferketten-Volksbegehren will Unternehmen verpflichten, Produktion und Transport ihrer Waren offen zu legen und das Einhalten von Schutzbestimmungen für Menschen, Tiere und Umwelt entlang der gesamten Lieferkette zu garantieren. Das Volksbegehren Nehammer muss wegfordert den Rücktritt des Bundeskanzlers unter anderem wegen der Impfpflicht. Die sieben Volksbegehren können von 17. bis 24. April unterschrieben werden. Ab 100.000 Unterschriften muss ein Thema dann im Parlament behandelt

werden.

In Italien bringen die vielen Touristen den einheimischen Vielfreut aber auch Leid. Am Osterwochenende wurden einige Orte regelrecht gestürmt und auch der kommende Sommer dürfte Rekordverdächtig werden. Einige Gemeinden in Ligurien wollen dem Tourismus nun Grenzen setzen und verlangen Zugangsbeschränkungen, so wie sie schon in Benedik geplant sind.

Connele Wospanek berichtet aus Italien.

Im Portofino ging es am Ustermontag ihm wie vielen anderen. Es sind einfach zu viele, so viele, dass im Ligurischen Fishedorf eine sogenannte rote Zone eingerichtet wurde. Das heißt, stehen bleiben verboten, man darf nur an den Schönheiten vorbeigehen und tut das dicht an dicht mit anderen. Richtig findet er das. Aber welche Art Freizeiterlebnis ist das?

Zwölf Bürgermeister in Ligurien fordern jetzt Zugangsbeschränkungen wie Emanuele Monja in Monterosso in den Cinque Terre. In Benedik sind Zugangsbeschränkungen inklusive Besuchsgebühr schon genehmigt. Wie genau das Gensoll wird aber immer noch diskutiert. Die Stadt würde die Besuchsgebühr gerne von den Transportunternehmern einheben lassen, die aber wehren sich dagegen, so drängt man sich weiter, dicht an dicht, zumindest gratis.

In Wien erhitzt eine Kinderbuchlesung einige Gemüter. Der Grund eine Drag Queen wird den Kindern vorlesen. Rechtsradikale und christliche Gruppierungen fühlen sich davon gestört und haben Demonstrationen angemeldet. Vor allem die FPÖ hatte gegen die Lesung mobilisiert, Daniel Ammerhauser informiert. Für die FPÖ bleibt es eine inakzeptable

Frühsexualisierung von Kindern. Sie hat im Vorfeld gemeinsam mit identitären und christlichen Gruppierungen für Demonstrationen vor dem Veranstaltungsort mobilisiert. Ein Vorgehen, das NEOS, SPÖ und Grüne verurteilten. So haben sich auch Solidaritätsdemonstrationen für die Lesung angemeldet. In Summe wurden bei der Polizei 7 Versammlungen für und gegen die Veranstaltung angemeldet. Ein von mehreren Seiten gefordertes Platzverbot rund um den Veranstaltungsort gibt es nicht. Stattdessen gibt es seinen polizeilichen Schutzbereich.

Unter anderem ist mit Stretgittern zwischen den Versammlungen ein gewisser Mindestabstand eingerichtet. Die Staatsanwaltschaft Wien hat weitere Ermittlungen gegen Universalkünstler Andre Heller eingeleitet. Heller soll ja einen Rahmen gebastelt und ihn als im Werk des verstorbenen Künstlers Jean-Michel Basquiat ausgegeben haben.

Hubert Kekinger. Zerschnittenes Kitzn Basquiat, Besenstilteile und Nägel. Daraus hat Heller, laut Wochenzeitung Falter, den Rahmen angefertigt. Ein Käufer soll dann dafür 800.000 Euro ausgegeben haben. Heller hat den Rahmen laut Falter wieder zurückgekauft. Für die Wiener Staatsanwaltschaft

hat sich jedenfalls der Anfangsverdacht eines schweren Betrugs erhärtet. Die Behörde hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es gab auch einen Vorhabensbericht ans Justizministerium. Doch dieses ist mit dem geplanten Vorgehen in der Kauser nicht einverstanden gewesen, Ende März wurden neue Ermittlungen angeordnet, die jetzt laufen, bestätigt eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Mehr wollte sie dazu nicht sagen. Ob es zu einer Anklage Hellers oder zur Einstellung des Verfahrens kommt, bleibt also noch abzuwarten. Das war das Journal um 8 mit Marta Georgiev. Verbringen Sie noch einen angenehmen Sonntagvormittag.